

Linke und gewerkschaftliche Perspektiven in Britannien 2024

England, Schottland und Wales haben im vergangenen Jahr eine beeindruckende Welle von Streiks und gewerkschaftlichen, aber auch politischen Massendemonstrationen erlebt, die selbst altgediente Linke auf der Insel nach den vielen Jahren des brutalen reaktionären Rollbacks von Margret Thatcher & Co. nicht mehr für möglich gehalten hatten. In linken und Gewerkschaftskreisen war die Rede von *"der größten Bewegung seit zwei Generationen"*.

Darüberhinaus gingen überraschenderweise mehrere hunderttausend Menschen gegen den israelischen Massenmord in Gaza, gegen das zionistische Besatzungsregime insgesamt und für ein "Freies Palästina" auf die Straßen. Mittelbar sorgte das gar für die Absetzung der Innenministerin Tory-Hardlinerin Suella Braverman, die die Polizeiführung zu härterem Vorgehen gegen diese Demos anstacheln wollte und damit scheiterte.

Nun stellt sich die Frage, wie es im "Vereinigten Königreich" im gerade begonnenen neuen Jahr weitergeht?

Ben Chacko, der Herausgeber der Tageszeitung der Kommunistischen Partei Britanniens (CPB) *"Morning Star"*, die auch in linken Labour-Kreisen geschätzt und deren Lektüre vom ehemaligen Labour Party-Vorsitzenden Jeremy Corbyn empfohlen wird, hat sich dazu in der Ausgabe vom 30.12.2023 einige Gedanken gemacht, die wir ins Deutsche übersetzt haben und Euch hiermit zugänglich machen.

Eine Anmerkung sei uns in diesem Zusammenhang erlaubt:

Auch wenn Ben Chacko und die CPB erklären, dass *"wir eine Revolution in der Politik brauchen, um die Macht des Privateigentums zu überwinden"* und die gesellschaftlichen Probleme zu lösen, sind sie doch de facto kämpferische Linksreformisten, denn diese *"Revolution"* soll dereinst im Gefolge einer Massenbewegung durch einen Mehrheitsbeschluss im Unterhaus zustande kommen -- und *"nicht durch die Erstürmung des Buckingham-Palastes"*, wie der Genosse Chacko gern betont.

Auf die Idee, dass dann doch ohnehin eher der Sturm auf die Downing Street notwendig wäre, scheint er gar nicht erst gekommen zu sein, obwohl dort bekanntlich die britische Regierung zu Hause ist und im Buckingham Palace nur der repräsentative Grüßonkel King Charles...

[Ben Chacko - Wikipedia](#)

Mit solidarischen Grüßen,

GEWERKSCHAFTSFORUM HANNOVER

6.1.2024

"Morning Star"-Herausgeber **BEN CHACKO** sagt, dass kämpferische Gewerkschaften und eine wachsende Friedensbewegung die Voraussetzungen für einen Kampf schaffen, um sozialistische Politik nach vier trostlosen Jahren wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

In diesem Monat sind genau vier Jahre seit der Niederlage der ernsthaftesten Herausforderung für den britischen Kapitalismus seit Jahrzehnten vergangen -- das heißt von Jeremy Corbyns Labour-Führung

Das kommende Jahr markiert vier Jahrzehnte seit dem Beginn des großen Bergarbeiterstreiks von 1984-85, dessen Niederlage den entscheidenden Sieg von Thatchers neoliberalen Projekt in Britannien signalisierte und eine drastische Beschleunigung der Privatisierungsbemühungen ihrer Regierung zur Folge hatte. Wir verloren die öffentliche Kontrolle über British Telecom, British Aerospace, British Petroleum, British Gas, British Steel, British Airways, Rolls-Royce und, am Ende ihres Jahrzehnts an der Macht, die kommunalen Wasser- und Elektrizitätswerke).

Die Niederlage der Bergarbeiter leitete eine lange Periode des Niedergangs der Gewerkschaften ein. Heute gibt es in Britannien weniger als halb so viele Gewerkschaftsmitglieder wie 1980; weniger als ein Viertel der Arbeitenden werden von Tarifverträgen gedeckt, während es 1980 noch mehr als die Hälfte waren. Auch die Zahl und der Umfang der Streiks sind zurückgegangen.

In den letzten 18 Monaten hat sich dieses Muster zu ändern begonnen. Im Jahr 2022 gingen landesweit mehr Arbeitstage durch Streiks verloren als in jedem anderen Jahr seit 1989, obwohl die 2,4 Millionen verlorenen Tage immer noch weit unter den 4,1 Millionen von 1989 liegen, ganz zu schweigen von den 29,5 Millionen Tagen von 1979.

Wenn Gewerkschaftsführer wie Sharon Graham ((UNITE)) oder Mick Lynch ((RMT)) davon sprechen, dass die Arbeiterbewegung "wiedergeboren" wird oder dass die Arbeiterklasse "zurück" ist, dann geht es darum, den 40-jährigen Rückzug umzukehren und eine Bewegung aufzubauen, die so stark ist wie zu ihrer Blütezeit in den 70er und 80er Jahren.

Der Corbynismus hatte eine ähnliche historische Perspektive und propagierte einen Bruch nicht nur mit der konservativen Regierung, sondern mit der gesamten neoliberalen Periode.

Er war nicht allein. Als die Nachbeben der weltweiten Finanzkrise von 2007-8 das Vertrauen in den Status quo erschütterten, entstanden parallele Bewegungen in Frankreich (La France Insoumise), Spanien (Podemos), Griechenland (Syriza), den Vereinigten Staaten (angeführt von Bernie Sanders) und anderen Ländern. In Chile konnten riesige Straßenproteste Ende der 2010er Jahre erklären, dass "der Neoliberalismus in Chile geboren wurde und in Chile sterben wird", weil der marktorientierte Konsens von Pinochet, Thatcher und Reagan überall zu zerfallen schien.

Alle Probleme, die diese Bewegungen hervorgebracht haben - verschärfte Ungleichheit, wachsende Armut und Unsicherheit für die arbeitende Bevölkerung und sogar die Angehörigen der "Mittelklasse" in den Industrieländern, eine spürbare Verschlechterung der Qualität und Effizienz der öffentlichen Dienstleistungen und die offensichtliche Unfähigkeit unseres politischen Systems, existenzielle Krisen wie den Klimawandel zu bewältigen - sind heute größer denn je, aber kohärente Massenbewegungen zur Veränderung des Systems sind zurückgegangen oder verschwunden.

Daran hat auch die britische Streikwelle nichts geändert, wobei das Ausmaß, in dem sie Britannien verändert hat, nicht unterschätzt werden sollte.

Auch wenn die Bewegung immer noch viel schwächer ist als vor 40 Jahren, ist ihr Fortschritt in den letzten 18 Monaten deutlich. Die Regierung war nach wiederholten landesweiten Streiks gezwungen, ihr Lohnangebot im gesamten öffentlichen Sektor zu erhöhen. Die Gewerkschaften haben gezeigt, dass sie bei nationalen Urabstimmungen, die speziell dazu geschaffen wurden, solche Streiks zu stoppen, die erforderlichen hohen Beteiligungsquoten erreichen können.

In der Privatwirtschaft und auch in den Kommunalverwaltungen hat sich die Zahl der Streiks vervielfacht, und es gab so viele Siege, dass trotz der konzertierten Bemühungen der Regierung und der Bank von England, die Löhne niedrig zu halten, die durchschnittlichen Lohnerhöhungen im Sommer endlich mit der Inflation des Verbraucherpreisindex (CPI) gleichgezogen haben.

Niemand würde behaupten, dass dies ein entscheidender Triumph für die Arbeiter war: Der Verbraucherpreisindex (CPI) schließt die Wohnkosten aus und unterschätzt daher die reale Inflationsrate erheblich, die Gehaltserhöhungen in den meisten Bereichen des öffentlichen Sektors blieben unter der Inflationsrate, und da die Realeinkommen seit 15 Jahren gesunken sind, haben wir den Rückgang des Lebensstandards nur verlangsamt, aber nicht rückgängig gemacht.

Aber es ist eine echte Errungenschaft, die das Leben von Millionen von Familien wirklich verändert hat, weil ihre Gewerkschaften den Arbeitgebern mehr Geld abverlangt haben. Sie können die Errungenschaften des letzten Jahres nutzen, um weitere Errungenschaften im nächsten Jahr zu sichern: und ein Arbeiter, der eine bessere Lohnerhöhung durch einen Streik im Jahr 2023 erreicht hat, wird mit größerer Wahrscheinlichkeit auch 2024 wieder streiken.

Aber seit Beginn der Streikwelle ist auch klar, dass die politischen Möglichkeiten der Gewerkschaften begrenzt sind. Der neoliberale Konsens lautet, dass öffentliche Dienste entweder vollständig privatisiert oder auf öffentlich in Auftrag gegebene Dienstleistungen des privaten Sektors reduziert werden sollten: Jede Tätigkeit, die für einen Kapitalisten keinen Profit abwirft, ist nutzlos.

Die Labour-Partei, die sich rundheraus weigert, Versorgungseinrichtungen oder Dienstleistungen wieder in öffentliche Hände zu geben, und die entschlossen ist, Maßnahmen des Nationalen Gesundheitsdienstes (NHS) weiter dem Privatsektors zu übertragen, ist ebenso Teil dieses Konsenses wie die Tories und hat seit 2020 hart daran gearbeitet, der korrupten Elite, die von der dysfunktionalen Wirtschaft Großbritanniens profitiert, zu versichern, dass sich nichts ändern wird, wenn sie gewählt wird.

Das schränkt die Möglichkeiten im Öffentlichen Dienst und in der Kommunalverwaltung stark ein. Da die Verhandlungsmacht der Werktätigen davon abhängt, was andere Werktätige verdienen, wird das Engagement der Labour-Partei für fiskalische Sparmaßnahmen und die Orthodoxie der Bank of England dazu führen, dass die Löhne in der gesamten Wirtschaft gedrückt werden, genau wie es die derzeitige Tory-Regierung tut.

Der TUC spricht zwar oft von der Notwendigkeit eines politischen Wandels, doch in Wirklichkeit steht dieser derzeit nicht zur Debatte, auch wenn die Parlamentswahlen kurz bevorstehen.

Ein direkteres Beispiel dafür, dass die Politik eingreift, um gewerkschaftliche Bestrebungen zu vereiteln, ist das Streikgesetz über die Gewährleistung von Mindestniveaus ((bei den Dienstleistungen z.B im Transportwesen mittels zwangsweiser Dienstverpflichtung der Beschäftigten)).

Auf dem Anfang des Monats einberufenen Sonderkongress des TUC verpflichteten sich die Gewerkschaften, sich dem neuen Gesetz zu widersetzen und zu einer Notfalldemonstration zu mobilisieren, sobald eine Gewerkschaft oder ein Mitglied durch dieses Gesetz angegriffen wird. Damit dies jedoch Wirklichkeit wird, muss jetzt daran gearbeitet werden, dass die Beschäftigten die Auswirkungen des Gesetzes verstehen - das in vielen Sektoren Streiks wirkungsvoll unterbindet und genau die Streiks verhindert hätte, durch die die Mitglieder in diesem Jahr Lohnerhöhungen errungen haben - und damit sie zusammenstehen, wenn die Arbeitgeber das Gesetz anwenden, egal gegen wen sie es anwenden.

Die Beschaffung von finanziellen Mitteln und die Koordinierung, die erforderlich ist, um den Widerstand gegen das Anti-Streik-Gesetz in einer ganzen Bewegung zu leisten, sollte ein fruchtbarer Boden für die Anfänge einer Kampagne zur Abschaffung aller gewerkschaftsfeindlichen Gesetze sein, insbesondere jener, die Solidaritätsaktionen mit anderen Werktätigen verhindern. Solche Aktionen werden

derzeit in Schweden mit großem Erfolg gegen Tesla eingesetzt, wären aber für die Arbeitenden hierzulande illegal.

Während in einem Wahljahr Druck ausgeübt werden wird, sich - trotz ihres schaurigen Nicht-Regierungsangebots - um die Labour-Partei herum zu versammeln, muss die Linke Druck in die entgegengesetzte Richtung aufbauen. Wir müssen unsere Forderungen an die Labour-Partei maximieren, sie darauf hinweisen, dass sie mit neuen Streikwellen zu rechnen hat, wenn sie ihren Kurs bei den Öffentlichen Diensten nicht ändert - und eine Massenkampagne gegen die gewerkschaftsfeindlichen Gesetze nutzen, um ihre Vertreter (und Nicht-Labour-Politiker) ins Rampenlicht zu stellen.

Das mag angesichts des überwältigenden Umfragevorsprungs der Labour-Partei ehrgeizig erscheinen, aber in den letzten Monaten haben sich Risse im Starmer-Monolithen aufgetan.

Der politische Reporter des *"Morning Star"*, Andrew Murray, ein hochrangiger Berater von Corbyn, als dieser Labour führte, schrieb im Juni vielsagend über die Schwäche der Corbyn-Bewegung: "Die angeschlagene parlamentarische Linke brauchte so etwas wie eine Kombination aus der Streikwelle der letzten 12 Monate und der Antikriegsbewegung auf ihrem Höhepunkt von 2002 bis 2004, um sie angemessen zu unterstützen."

Israels brutaler Angriff auf Gaza hat eine Explosion der Antikriegsstimmung ausgelöst.

Die größten nationalen Demos haben begonnen, sich den enormen Größenordnungen von 2003 anzunähern, als der größte Marsch in der britischen Geschichte gegen den Krieg im Irak stattfand. Wenn überhaupt, dann ist die Fülle lokaler Demos, Spendenaktionen und Solidaritätsmahnwachen noch größer: Die Bewegung für den Frieden in Palästina hat eine enorme Reichweite.

Die Weigerung der Labour-Partei, einen Waffenstillstand für den Gazastreifen zu fordern, hat ganze Gemeinden wütend gemacht und die größte parlamentarische Revolte seit Starmers Amtsantritt, einen Exodus von Stadträten und die Aussicht auf ernsthafte Herausforderungen für die Labour-Partei in einer Reihe von Wahlkreisen ausgelöst.

Wie der *"Morning Star"* dargelegt hat, wirft das Fragen auf, die über die unmittelbare und dringende Frage des Friedens in Palästina hinausgehen. Es hat das Potenzial, den unter Starmer durch Einschüchterung und Drohungen erzwungenen Konsens in der Außenpolitik aufzubrechen und die antiimperialistische Politik zu verjüngen.

Die Organisation und der Erfolg der Demos haben bewiesen, wie wichtig der erfahrene, ernsthafte Antiimperialismus von Solidaritätsorganisationen und Friedenskampagnen wie CND und Stop the War bleibt. Vor allem die letztere war mit einer schändlichen Verleumdungskampagne und dem Ausschluss aus digitalen Plattformen konfrontiert, die von der Labour-Rechten ausging, aber auch in Teilen

der Gewerkschaften und von einigen linken Persönlichkeiten aufgegriffen wurde. Dieses Vorgehen muss jetzt zurückgedrängt und die zentrale Rolle dieser antiimperialistischen und Friedenskampagnen für eine kämpferische Linke wieder geltend gemacht werden.

Beleidend niedrige Lohnangebote für das nächste Jahr werden bereits von Ministern unterbreitet, vor allem im Bildungswesen. Die Streikwelle muss sich weiter ausbreiten. Und sie wird nun zweifellos aufgrund des neuen Gesetzes zu direkten Zusammenstößen mit dem Staat führen.

Auch die Demonstrationen in Palästina müssen weitergehen, denn Israel hat in der Weihnachtszeit seine Mordserie beschleunigt und verspricht einen Krieg für die kommenden Monate. Die nächste große nationale Demonstration findet am 13. Januar ((2024)) statt.

Bei der Streikwelle und der Friedensbewegung fehlt das, was wir von 2015-20 hatten: eine Massenbewegung für den Sozialismus mit einem prominenten parlamentarischen Flügel. Aber die Bedingungen für den Aufbau einer solchen Bewegung nehmen jetzt Gestalt an.

(Übersetzung: Gewerkschaftsforum Hannover)

Das englischsprachige Original gibt es unter folgender Adresse:

<https://www.morningstaronline.co.uk/article/pieces-are-place-rebuilding-socialist-left-2024>

Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany u.a.:

- Dossier: [#RightToStrike: Britische Regierung feuert die Streikverbot-Streikwelle-Spirale an](#)
- Dossier: [Branchen- und gewerkschaftsübergreifende Streikwelle in Großbritannien 2022/23](#)